

# Double Dip 2012

*Sehr geehrte Damen und Herren!*

*Ich danke Herrn Mag. Dr. Jürgen Bozsoki für die Einladung zu diesem Vortrag. Herr Mag. Dr. Bozsoki war Schüler von mir – zwar nur ein einziges Jahr lang, dafür ist er einer der erfolgreichsten Schüler in meinen 30 Jahren Mittelschullehrertätigkeit geworden. Ich hatte ihn in Geographie und Wirtschaftskunde unterrichtet. Mittlerweile bin ich ein Auslaufmodell, er aber ist auf dem besten Weg, berühmt und anerkannt zu werden. Ich hatte zusätzlich zu meiner vollen Lehrtätigkeit vor 23 Jahren den Verlag „Edition va bene“ gegründet – und bin dann wegen bedrohlicher Überlastung frühzeitig als AHS-Professor in Pension gegangen, um mir das Burn Out Syndrom Rudi Anschobers zu ersparen.*

*Als Verleger habe ich bislang drei Bücher Jürgens herausgebracht: „Die blinden Flecken der Sozialdemokratie“, „Der neoliberale Großangriff auf Europa“ und das heute vorzustellende Buch „Euro vor dem Aus?“ Alle drei Bücher sind profunde recherchiert, zeigen tiefstes Verständnis für wirtschaftliche und politische Zusammenhänge – und sind erfüllt von Sorge um das Weiterbestehen unserer demokratischen Gesellschaft. Ich werde heute auch meinen Teil zu seiner Besorgnis beisteuern ...*

Über Fünfzehn Billionen Dollar, das sind immerhin 15.000 Milliarden Einheiten der Leidernoch-, „Weltwährung“, beträgt heute die Staatsverschuldung der USA. Fast 3 Billionen Dollar davon hält China als Devisenreserve und ist damit der größte Gläubiger der USA. 750 Milliarden Euro betrug ursprünglich der „Bankenschutzschirm“ der EU, der seinerzeit vornehmlich über Griechenland und Irland aufgespannt worden war. Seit Juni 2011 haben sich die Euroländer allerdings auf effektivere Instrumente zur Abwehr von Schuldenkrisen in der Währungsunion geeinigt. Der Vertrag zur Gründung des dauerhaften Krisenabwehrfonds ESM (Europäischer Stabilisierungsmechanismus) wurde beschlossen. Ursprünglich war ein Kreditvolumen von 700 Milliarden Euro vorgesehen gewesen, kommuniziert wurden aber in Presse und ORF fälschlich 500 Milliarden. Der ESM sollte nach Ratifizierung durch die Mitgliedsstaaten bereits Mitte 2012 an den Start gehen – allerdings hatte sich Deutschland ein wenig geziert und erst Ende September unterschrieben, während UHBP Fischer in vorausseilendem Gehorsam schon lange davor signiert hatte. Mit diesem Placet der Bundesrepublik ist der ESM nun heute am 8. Oktober in Kraft getreten.

Die 17 Euroländer zahlen 80 Mrd. €bar in den ESM ein (Österreichs Anteil daran beträgt 2,2 Mrd. €), der Großteil, also immerhin 620 Mrd. € (Österreichs Anteil daran: knapp 20 Mrd. €) wird durch Garantien oder abrufbares Kapital abgedeckt. Diese Zahlungen werden aber nicht auf den Schuldenstand eines Staates aufgerechnet, was man auch „kreative Buchführung“ nennen kann. WKÖ-Präsident Christoph Leitl hingegen lobt diese Konstruktion! Wie beim auslaufenden Schutzschirmvorgänger EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) ist auch beim ESM Voraussetzung für Hilfskredite, daß sich die Empfängerländer zu einem strikten Spar- und Reformprogramm verpflichten.

Die Finanzminister der Eurozone hatten gleich nach der Konzeption des ESM spekuliert, das effektive Kreditvolumen des ESM auf 1 Billion Euro aufzustocken. Dafür sollten die Garantien der Mitgliedstaaten qua Leverage-Effekt „gehebelt“ werden. Neu dabei war, daß – auf Betreiben Deutschlands – erstmals auch private Gläubiger, also Versicherungen und Pensionsfonds „freiwillig“ Beiträge leisten sollten. Im Falle der Insolvenz eines Landes würden die Privatinvestoren allerdings auf 20 % ihrer Forderungen verzichten müssen.

Da kam am 24. September 2012 die Meldung über die Medien, daß der ESM gar auf zwei Billionen Euro gehebelt werden solle! Damit würde das Risiko der Schulden von im ESM in die Pflicht genommenen Staaten auch auf private Investoren verteilt. Ob sich diese angepeilten Investoren dieses Risiko aber antun werden, ist nach wie vor offen. Denn der Leverage-Effekt, also das „Hebeln“ von benötigtem Geld, ist nur dann sinnvoll, wenn Gewinn lockt. Da vorprogrammierte Schulden aber nie Gewinn sein können – siehe meinen Artikel über das Hebeln auf meiner Homepage <http://vabene.at/> und auf „zeitgeist Online“, wo ich sogar von „Leverage-Betrug“ schreibe – kann man davon ausgehen, daß Investoren schlecht beraten wären, auf diesen Vorschlag von EZB und EU einzugehen.

Wie am 24. September in den Medien auch zu hören und zu lesen war, sperrt sich Deutschland – unter Federführung des Deutschen Bundesbankchefs Jens Weidmann – vehement gegen diese Ausweitung, weil sie den potentiellen Schuldenstand der EU mit einem Schlag dreifachen und den Euro in die Abwertung treiben würde.

Der ESM – gehebelt oder nicht – kann für Staaten in Finanznot jedenfalls zu günstigeren Bedingungen am Kapitalmarkt Geld aufnehmen und dieses als Kredit an den notleidenden Staat weitergeben. Voraussetzung für die Teilnahme am ESM ist allerdings das schon angesprochene Spar- und Reformprogramm der ihn nützen wollenden Staaten, das mit der EU-Kommission und dem IWF akkordiert sein muß. Defizitsündern sollen in Zukunft, wenn die jährliche Neuverschuldung 3 % deren Wirtschaftsleistung und 60 % deren Wirtschaftsleistung übersteigt, Geldstrafen auferlegt werden. Die Entscheidung, welche Länder zu welchen Konditionen Gelder aus dem ESM erhalten, muß von den Finanzministern der Euroländer im Vorstand des ESM einstimmig getroffen werden. Drohszenario dazu: Die Wirtschaftsforscher des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) rechnen damit, daß Griechenland, Irland und Portugal durch solche Umschuldungen ihren drohenden Staatsbankrott abwenden würden und auch Spanien auf Kosten der reicheren Länder im Norden Hilfe aus dem ESM anfordern werden – wahrscheinlich auch Italien trotz des Sparkurses Mario Montis, der übrigens ein finanzielles Straucheln Italiens ausschließt. Allerdings hat er sein Antreten zu den anstehenden Wahlen 2013 zu Herbstbeginn 2012 dezidiert ausgeschlossen ... Aber was sind in der Politik schon Worte?

Die EU ist spätestens nach dem vorwöchigen Inkrafttreten des ESM zu einer bloßen Transferunion entartet – aber zu keiner Staatengemeinschaft zusammengewachsen ... Erst gestern hatte der britische Premier David Cameron verkündet, auf den von Margaret Thatcher seinerzeit ausgehandelten „Brittenrabatt“ keineswegs verzichten zu wollen, während Brüssel auf eine Erhöhung der Beiträge der Mitgliedsländer pocht.

Soviel zur „Solidarität“ unter den EU-Mitgliedsstaaten.

Der früher übliche Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Wirtschaftsräumen durch Währungsabwertungen funktioniert seit Einführung der Einheitswährung Euro nicht mehr – als Lösung bleibt nur mehr eine enger abgestimmte Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Oder der Euro ist am Ende.

Die EZB hat jedenfalls schon in der Vergangenheit unter Jean-Claude Trichet mit mehreren Lissabon-Prinzipien gebrochen, indem sie u. a. die Schrottpapiere Griechenlands aufgekauft hatte. Jetzt tut dies der neue EZB-Vorsitzende Mario Draghi auch mit anderen abgewerteten Staatspapieren und gibt dafür „Eurobonds“ aus ... In Deutschland liefen deswegen bereits mehrere Klagen gegen die eigene Bundesregierung ... Das Bundesverfassungsgericht in

Karlsruhe hat jedoch im frühen September 2012 den ESM als mit dem deutschen Grundgesetz im Einklang befindlich erklärt und damit dem drohenden Finanzkollaps den Weg bereitet.

Und die USA? Obama braucht jedes Jahr dringend frisches Geld. Der Kongreß bewilligt zwar immer die Erhöhung der Schuldenobergrenze, die aber hat längst bedrohliche Ausmaße erreicht – und damit ist der nächste Finanzkollaps programmiert. Niemals in ihrer Geschichte hatten die USA einen höheren Schuldenberg: Betrug er 2007 noch „nur“ 8,68 Billionen US\$, hatte er sich 2012 auf über 16 Billionen US\$ verdoppelt. Selbst für Finanzminister Timothy Geithner ist das ein „... *katastrophaler, weitreichender Schaden für die Wirtschaft unserer Nation ...*“ und als Folge davon würde „... *das Wachstum erheblich reduziert und die Arbeitslosigkeit erhöht.*“

Fazit: Die Weltwirtschaft befindet sich heute trotz – oder besser: wegen – der weltweiten Schuldenerhöhungen, vor dem Kollaps, denn:

Das Fiat Money (vom lateinischen *fiat*: „Es wird gemacht“), also das „gemachte“ (Giral-) Geld, das die Finanzblasenwirtschaft über Luftkredite (das ist Geldbeschaffung ohne Gegenwerte) und Derivate nach wie vor speist (und sie damit – noch! – vor dem Kollabieren schützt) beträgt rund 520 Billionen US-Dollar, also das fast 10fache des Weltsozialproduktes von rund 58,14 Billionen (= 58 140 Milliarden) US-Dollar (2009; neuere Statistiken sind nicht abrufbar). Anders ausgedrückt gibt es heute an die 10mal mehr in Computern existierendes Buchgeld auf der Welt, als ihm Waren bzw. Leistung real gegenüberstehen, was bedeutet: Jeder Dollar (jeder Euro), im Grunde jedoch jedes Zahlungsmittel (über die Vielzahl der Währungen gemittelt) ist nur ein Zehntel dessen wert, was die jeweilige Münze oder Banknote angibt.

Der Präsident des Federal Reserve Board, FED, („Notenbankchef“ und seit 2006 Nachfolger Alan Greenspans), Ben Shalom Bernanke, verkündete noch 2009, daß er, bevor die US-Wirtschaft kollabiere, mit einem Hubschrauber über New York fliegen und säckeweise Dollarnoten über dem Big Apple regnen lassen würde: um den Konsum der US-Bürger und damit die US-Wirtschaft anzukurbeln ... Daher sein Spitzname „Helikopter Ben“. Er würde mit diesem von der FED gedruckten, allerdings von keinen Realwerten gedecktem Inflationsgeld nur weitere Importe der USA forcieren ... Denn die US-amerikanische Industrie liegt seit Jahren auf dem Boden, und das Handelsbilanzdefizit der USA ist chronisch: Die Yankees leben – weil seit Jahrzehnten kapitalistischer Ideologie ihnen anerkennen – auf Pump, und die Chinesen leihen ihnen über ihre Billigwaren das Geld, indem sie (noch) willig Staatsanleihen der bankrotten USA kaufen – quasi als Kredit an die (noch) größte Wirtschaftsmacht der Welt, damit deren Bürger fernöstliche Waren von zumeist inferiorer Qualität auch kaufen können.

Sind alle verrückt geworden?

Es war im November 2010 in einer Sendung des Morgenjournals von Ö1 gewesen, als der damalige Finanzminister der Republik Österreich, Pepi Pröll von einem mutigen Journalsprecher zum Griechenland-Rettungsschirm, der damals gerade am Aufspannen war, interviewt worden war:

Ob das nicht ein wenig riskant sei für die österreichischen Steuerzahler? Nein, orakelte der damals noch fette Pepi, es bestünde für die Bürger nicht nur Österreichs, sondern der gesamten EU keinerlei Gefahr, denn es handle sich ja um kein Geldgeschenk an die Griechen, sondern nur um eine Art Bürgschaft der EU, an der sich eben auch Österreich beteilige.

Ob im Falle des Schlagend-Werdens dieser Haftung da nicht doch einiges auf die Österreicher zukäme, erkundigte sich der Interviewer besorgt.

Nein, denn das könne nie schlagend werden, da die Griechen den Weg aus ihrer Krise alleine schaffen würden.

Und wenn nicht? Undenkbar.

Der Interviewer gab weder nach noch auf und meinte besorgt, wie denn das sei bei einem Privatkredit, zu dessen Erlangung doch fallweise auch ein Bürge verlangt werde. Dieser Bürge müsse dann im Falle der Illiquidität des Schuldners einspringen, oder?

Bei Griechenland sei das etwas völlig anderes, meinte der angebliche Finanzexperte, und man könne und dürfe beides nicht miteinander vergleichen.

„Aha“, meinte nach dieser Eröffnung der Interviewer (Hubert Arnim-Ellissen) perplex und verduzt ... und hatte mit seinem solcherart geäußerten Erstaunen eine veritable Beschwerde des mittlerweile längst in der politischen Versenkung verschwundenen ÖVP-Finanzministers beim ORF am Hals. Die sofortige Absetzung des unbotmäßigen Fragers wurde vehement eingefordert. Das Anbot des Redakteurs, mit dem Finanzminister ein nochmaliges offenes Gespräch über Bürgschaften und Schuldner zu führen, wurde nicht einmal beantwortet. Allerdings wurde der ORF-Mitarbeiter auch nicht gefeuert ... Aha.

Pepi Pröll sitzt inzwischen auf einem hohen Management-Posten in der Raiffeisenbank. Wenn man sich die Ansichten dieses „Finanzgenies“ vor Augen hält, ist diese Bank wirklich nicht „meine“ Bank.

Was ist nun wirklich der Unterschied zwischen Griechenland und einem Privatschuldner? Wir kennen die Antwort: „*Too big to fail*“, also: „Zu groß, um bankrott zu gehen.“ Bei Lehman-Brothers nützte deren schiere Größe allerdings nichts – hatte doch ein Gutteil europäischer Öffentlicher ihr „Familiensilber“ in die USA verkauft und zurückgeleast und die Käufer über diese Bank ihre Zahlungen getätigt ... bei noch offenen Beträgen ... Täglich gehen bis heute in den USA kleinere – aber auch größere – Lokalbanken pleite, die man in Luftinvestments mit hohen Renditeversprechen hineingelockt hat –, vornehmlich aber wegen nicht rückzahlbarer Kredite sich übernommen habender US-amerikanischer Häuselbauer. Diese waren Opfer von Fannie Mae (Federal National Mortgage Association, FNMA) und von Freddie Mac (Federal Home Loan Mortgage Corporation, FHLMC) geworden: Beide sind Hypothekenbanken, die völlig sorglos Realitäten im Wert von 2 400 Milliarden US-Dollar gebündelt und besichert hatten – bis der Wert der Hypotheken unter die Kreditsummen sank, und der Staat beiden Pleitiers bis Ende 2010 rund 112 Milliarden US-Dollar an Finanzspritze zuschießen mußte ... aus Steuergeldern natürlich.

Nicht pleite geht natürlich die FED, die „Federal Reserve Bank“, von Ignoranten zumeist fälschlich als „Notenbank“ der USA bezeichnet, was sie aber nicht ist. Sie ist vielmehr ein Kartell jener Großbanken, die der ehemals bekannteste Rechtspopulist Österreichs, Jörg Haider mit „Ostküste“ bezeichnet hatte. Die FED ist nämlich niemandem verantwortlich, am wenigsten dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und deren Regierung. Sie hat aber die Oberhoheit über die Geldpresse. Jeden Tag werden über 5 Milliarden (!) Greenbacks ‚auf Luft‘ ‚gedruckt‘ (in Wirklichkeit elektronisch in die Welt gesetzt) und in die marode US-

Wirtschaft eingespeist. Jede ordentliche Nationalbank einer anderen Volkswirtschaft hätte mit einem derartig skrupellosen Vorgehen Hyperinflation ausgelöst – nicht die FED. Wieso nicht?

Weil der US-Dollar die globale sogenannte „Welt-Leitwährung“ ist, das heißt der Großteil der US-Währung (heute über 80 %) kursiert nicht *im* Land, sondern *außerhalb* des nationalen Wirtschaftsraumes. Innerhalb eines solchen sollte nämlich ein gewisses Gleichgewicht zwischen umlaufender Währung und konsumierten Gütern herrschen ... Daß dieses „Gleichgewicht“ mit der Erfindung des Buch- oder Giralgeldes längst keines mehr ist, wissen jeder Ökonom aber auch einfache Bankkunden, denn: Mit jeder Kreditgewährung (und jede Überziehung eines Bankkontos ist Kredit!) wird das in der Realwirtschaft umlaufende Geld um genau den Kreditbetrag erhöht: Der Kreditgeber (die Bank) gibt das Geld her, das es – ursprünglich zumindest – auch realiter, zumindest zu einem gewissen Prozentsatz, hätte haben sollen, besichert etwa durch die Einlagen der Sparer. Und der Schuldner hat es nun in bar – und gibt es aus. Daß diese „ordentliche“ Geldgebarung einer Geschäftsbank (Stichwort: Mindestreservenpolitik) längst nicht mehr so funktioniert(e) und dem verborgten Geld oft nur mehr Bruchteile an ‚Realgeld‘ (oder gar nur an Schulden) entsprachen, ist heute Gemeinwissen. Die angeblich „gegensteuernden“ Baseler Abkommen verlangen für Staatsanleihen aber keine Hinterlegung von Eigenkapital, und durch ‚innovative‘ Konstruktionen kann im Privatbereich das 200fache der Eigenmittel an Geld geschöpft werden. Außerdem werden die Baseler Abkommen von den USA nicht umgesetzt.

Dies verleitet zu einem Exkurs zur (Noch-) Sondersituation des US-Dollar: Seine (Noch-) Leitwährungsfunktion wurde über das unter Präsident Nixon gemeinsam mit der britischen Finanzwelt erfundene „Petrodollar-Recycling“ abgesichert. Ein Großteil des Welthandels – insbesondere Erdöl – wird in Dollar abgewickelt, und Dollar-Anleihen werden im Ausland noch immer akzeptiert (vgl. China). Dadurch wird US-Inflationsgeld kanalisiert. Der Großteil des Fiat money wird jedoch über die „Finanzblasenwirtschaft“ gebunden, die in den USA erfunden wurde und von der Londoner City mitadministriert wird.

Hat derjenige, der sich auf obige Weise Geld besorgte, dieses nun nicht in Waren oder Realitäten investiert, sondern in virtuelle Werte (z. B. Futures); hat er mit dem Auf und Ab von Währungen spekuliert oder ist er auf Termingeschäfte eingegangen; hat er gar in Hedge Fonds eingezahlt und/oder Derivate aller möglicher Formen gekauft, ist damit das Geld der Realwirtschaft entzogen und in die Finanzblasenwirtschaft eingespeist ... Da zumeist in US-Dollar spekuliert wird, sind diese Beträge damit außer Landes – oder als Giralgeld bloß „im“ Computer – und tangieren die nationale US-Wirtschaft nicht: Das geborgte Geld wird ja nicht in Waren investiert (und könnte damit deren Preisstabilität bei zu großer Nachfrage gefährden), sondern „arbeitet“ als Fiat-Geld außerhalb der Realwirtschaft im virtuellen Raum der Finanzblasenwirtschaft.

Die Realwirtschaft beginnt erst dann aus dem Ruder zu laufen, wenn Kredite nicht mehr ordnungsgemäß bedient werden und die Rückzahlungsraten ausbleiben. Reagiert die Bank mit sofortigem Fälligstellen des Kredites, ist als erstes das besicherte Objekt (zumeist das Haus, aber auch das Auto) perdu; in Folge bricht auch der Konsum des jetzt mitunter sogar obdachlos Gewordenen weg. Passiert das millionenfach (wie beim Platzen der Immobilienblase in den USA und jener Spaniens), gehen auch die Gläubigerbanken pleite – oder sie werden – wie im Falle von Freddie Mac und Fannie Mae in den USA und die den jüngsten Streßtest nicht bestanden habenden Banken in Spanien – von der Regierung entweder mit Steuergeld oder schlicht mit extra dafür gemachtem Geld (Fiat money) „gerettet“ – die spanischen jetzt über EZB und IWF. Da keine Regierung der Welt (außer der Schweiz, Norwegen, China und ein paar anderen Auserwählten) über ausreichend Devisenreserven verfügt, sondern sich schon

längst verschuldet hat (um z. B. die ständig steigenden Sozialansprüche ihrer Bevölkerungen abzudecken), bleibt nur der Weg der staatlichen Kreditaufnahme: in Form von Staatsanleihen (Bonds) – in den USA bei der FED, in Europa jetzt beim EMS. Früher, vor dem jetzigen zweiten „Dip“ freilich vornehmlich beim Bankenapparat, denn der vergab sein Geld sehr gerne an Regierungen – man brauchte diese Kredite gemäß den Baseler Finanzregeln ja nicht mit Eigenkapital zu unterlegen –, und was hätte es früher Sichereres als einen Staat gegeben? Wie hätte der auch pleite gehen sollen? Was sollte man ihm „pfänden“? Seine Berge? Seen? Inseln? Seine staatlichen Unternehmen, seine Infrastruktur?

Genau das. Man konnte sogar Optionen auf zukünftige Einnahmen verlangen. Und man tat es. Goldman Sachs kommt jetzt erstmals ins Spiel ...

Die USA haben dieses Problem nicht. Die FED schöpft einfach das von ihr benötigte Geld und verleiht es gegen Zinszahlung – die EZB unter Mario Draghi macht seit neuestem das gleiche. Die USA (und jetzt auch die EU, die sich über die EZB dem Druck der USA gebeugt hat) erhöhen damit ihre Staatsschulden. Umgelegt auf das Bruttoinlandsprodukt der USA – ohne deren ausgelagerte Schulden – sind das immerhin fast 100% deren Jahreswirtschaftsleistung. Rechnet man die ausgelagerten Schulden und die Schulden der de facto bankrotten Bundesstaaten und Gemeinden hinzu, liegt die Verschuldung der US-amerikanischen öffentlichen Hand weit höher als die Staatsverschuldungen der wirtschaftlich am schlechtesten dastehenden Staaten der EU.

Darüber schweigt aber die Journaille. Nur die Euro-Krise bewegt die Welt, über den kaputten US-Dollar wird nicht einmal mit den Schultern gezuckt ... Die PR-Manager von Goldman Sachs leisten also hervorragende Arbeit. Die beiden Super-Marios Europas standen übrigens – aber das weiß heute ohnehin schon ein jeder – ehemals in Diensten von Goldman Sachs ... Der kurzzeitige Zwischenpremier Griechenlands, Loukas Papadimos (vom 10. November 2011 bis zum 16. Mai 2012), war Vizepräsident der EZB gewesen und auf der Pay roll der FED gestanden – als leitender Volkswirt der Federal Reserve Bank Bosten. Laut Wikipedia soll er *„eine noch immer nicht geklärte Rolle bei der Verschleierung der öffentlichen Haushaltsbilanzen Griechenlands mit Hilfe der Investmentbank Goldman Sachs gespielt“* haben.

Wie doch eins ins andere greift ...

Was vorher von mir noch als Frage formuliert war („Was soll man einem Staat pfänden?“) ist längst erfolgt: Teile der staatlichen, bundesland- und gemeindeeigenen Infrastruktur sind in Österreich längst verkauft – und zurückgeleast worden: von Bundesländern (z. B. von der Tiroler Wasserkraft AG), von Gemeinden (das Wiener Kanalnetz und die Straßenbahn z. B.), während ganze Banken (die ehemalige Wiener Zentralsparkasse über den Umweg der Bank Austria) schlicht verkauft wurden: letztere an die italienische Unicredit. Die Österreicher verscherbeln z. Z. u. a. – das aber ziemlich erfolglos – ihre Kasernen; über all das andere „Familiensilber“ an ehemaligem Staatsbesitz, das bereits seinen Eigner gewechselt hat – vom Erdöl über Münze und Salz bis zum Tabak –, soll hier der Mantel des Schweigens gebreitet werden. Die Griechen verscherbelnd z. Z. ganze Inseln – und haben Teile ihrer zukünftigen Staatseinnahmen verpfändet, damit sie weiterwursteln können. Der heiße Tip dazu kam von Goldman Sachs ...

Das Großkapital als Souverän, und der „Souverän“ (das Staatsvolk) in Zinsknechtschaft ... allerdings in einer besonderen: Die Sklaven kennen ihre Herren nicht mehr persönlich ... dafür aus der Zeitung ihre schwächelnde Bank ... und Goldman Sachs und die Rating Agenturen.

Steigt die Wahrscheinlichkeit, daß auch Staatsanleihen nicht mehr zurückgezahlt werden können – und dies ist heute bei gut einem Drittel der EU-27 wahrscheinlich, bei den schon bis zum Erbrechen bekannten aber der Fall –, werden auch die Gläubigerbanken nervös und lassen sich ihr Risiko durch sogenannte Risikoaufschläge abgelten. In Form von Credit Default Swaps, also in Form von Schuldverschreibungen über das Ausfallsrisiko, wird dieses sogar handelbar gemacht. Solche Risikoaufschläge können gut und gerne zu Zinshöhen von 7 % und mehr führen (bei Griechenland, Portugal und Spanien betrogen diese vor dem Eintreten der EU als „Bürge“ sogar mehr!), was eine Kreditnahme unleistbar macht und an den Lebensnerv eines Staates geht. Müssen dennoch neue Schulden aufgenommen werden, um fällig gewordene alte zu bedienen, bleibt einem Staat oft nichts anderes übrig, als diese Wucherbedingungen zu akzeptieren – und die Finanzhaie wissen darum: Sie haben die Staaten ja in diese Situation hineingetrieben!

Mitglied einer Staatengemeinschaft wie der EU zu sein, ist da für einen in die Enge getriebenen Staat von Vorteil. Wenn auch ursprünglich dezidiert jede gegenseitige Kreditvergabe unter den Mitgliedsstaaten der Währungsunion des Euro ausgeschlossen war (Lissabonner Verträge), erhob sich erstmals bei Griechenland die Frage, was à la longue das geringere Übel sein mag: das Land in die Pleite rasseln und aus dem Euro-Verband zu entlassen – oder Garantie für seine staatlichen Schrottpapiere zu übernehmen. Das kommt zwar einer „Bürgschaft“ gleich, ist aber offiziell keine. Mario Draghi hat einen Ausweg aus dem rechtlichen Dilemma gefunden: Die EZB kauft solche Schrottpapiere nicht direkt (was ihr ja verboten ist!), sondern über Mittler ...

Für die europäischen Banken ergibt sich bei der Staatsfinanzierung übrigens ein lukratives Geschäft. Man holt sich bei der EZB zu einem Leitzinssatz von früher 1 %, jetzt aber um nur mehr 0,75 % Geld und verleiht es zum mindestens vier-, ja bis zum siebenfachen Zins weiter. Das war früher ein Aufschlag von bis zu 700 %, heute ist es einer von über 1 000 %! So etwas muß man in der Realwirtschaft erst einmal zusammenbringen!

So gut, so schlecht, denn die EZB – im Unterschied zur FED und der mit ihr verwobenen „Ostküste“ verfügt sie über keine Lizenz zum Gelddrucken! Sie kauft halt Schrottpapiere mit Fiat-Geld! – gewährt formal nur *Aufschub* der Schuldentrückzahlung; die offenen Forderungen der Gläubiger (meist europäische und amerikanische Banken) bleiben dabei aufrecht! Aber die EZB zwingt den Schuldner (also Irland, Griechenland, Portugal, Spanien – bald auch Zypern und Italien ...) zum Sparen, um zumindest auf diese Weise zukünftige Schulden zu minimieren ... Vom Unterlassen weiterer Schulden ist da freilich nicht die Rede! Das wäre auch gar nicht zumutbar, denn: Es gibt keine Möglichkeit, durch bloßes Sparen Schuldenberge *abzutragen*. Man kann bloß neue Schulden minimieren – und nicht einmal vermeiden.

Dieses nicht *weitere* Anhäufen von Schulden geht bekanntlich auf viererlei Wegen:

- 1) durch Einschränken der Ausgaben
- 2) durch Erhöhen der Einnahmen
- 3) durch Verkaufen von „Familiensilber“, also von Staatseigentum
- 4) durch „Zocken“ mit Staatsgeld (= Steuergeld) in der Finanzblasenwirtschaft, um dort auf die – meist – hohen Renditen zu hoffen. Die öffentliche Hand spekuliert also mit Geld, das ihr gar nicht gehört, sondern ihr nur zur Verwaltung übergeben worden ist!

Wer letzteres im normalen Geschäftsleben tut, kommt vor den Strafrichter.

Gleich zum letzten Punkt: So mancher für die Finanzen Verantwortliche hat sich dabei schon die Finger verbrannt, da in Folge der nach wie vor akuten Wirtschaftskrise bereits mehrere Steuermilliarden versenkt worden sind – anstatt erzockten Gewinn abzuwerfen.

Die europäischen Geschäftsbanken zocken heute mehr denn je. Hatten sie vor dem ersten Dip 2008 noch leichtsinnig und fahrlässig Kredite vergeben (u. a. uneinbringliche nach Ost- und Südosteuropa), borgten sie sich nach Erhalt der Steuermilliarden aus dem „Bankenschutzschirm“ („Sozialisierung der Verluste“; eigentlich gedacht zur Erhöhung der Liquidität der Banken via höherer Mindestreserve!) – diese als Besicherung nutzend – von der EZB (zum Teil auch von der FED) um den Leitzinssatz von 1 % weiteres Geld. Dieses dienten sie mit den bereits erwähnten bis zu 7 % Aufschlag den diversen Regierungen und mit noch höheren Zinssätzen auch Privaten an – denen allerdings weit vorsichtiger! Stichwort: Basel II und III! Das war und ist die berühmte „Kreditklemme“ der Realwirtschaft! Oder sie zockten – jetzt erst recht! – im virtuellen Raum der Finanzblasenwirtschaft. Da nach dem ersten Dip alle Aktienwerte in den Keller gerasselt waren, konnten nur mehr Gewinne eingefahren werden gemäß dem ehernen Gesetz der Börse: Starke Nachfrage läßt die Werte von Papieren steigen ...

Daher wurde mit dem Geld aus dem „Bankenschutzschirm“ von den Banken auch eigene Aktien aufgekauft: ein genialer Schachzug professioneller Zocker, der den Banken in Summe Milliarden Gewinne – und der Gesellschaft Millionen Arbeitslose eingebracht hat. Die Bonizahlungen an die Bank(st)er beweisen es. Der ordinäre Bankkunde kriegt 0,125 % für seine Giroeinlage und bestenfalls 2,3 % für ein zweijährig gebundenes Sparbuch – aber die Inflation liegt nirgendwo mehr darunter. Der Normalbürger verliert also mit Sparen sein Kapital ... Da könnte er sein Geld gleich vergraben – er hätte es dort sicherer, auch wenn es nur um ein wenig mehr weniger wird –, subventionierte damit aber nicht die Bank(st)er! Zeitungen haben darüber berichtet: Ein österreichischer Banker hatte in großem Ausmaß völlig verfallen gewesene Aktien der eigenen Bank angekauft und innerhalb weniger Monate 600 000 Euro Gewinn eingefahren ... Ganz legal, natürlich ...

Die Erste Bank hat in Sachen Geldverständnis im Herbst 2012 eine Untersuchung und Umfrage in Auftrag gegeben. 59 Prozent der Österreicher orten demnach bei sich Wissenslücken in Sachen Wirtschaft und Finanzen. Insgesamt würden sich 28 % eine Gelderziehung bereits in Kindergärten und 45 % in den Volksschulen wünschen. Details zu diesem Erste-Bank-Bildungsprogramm gibt's unter <http://facebook.com/sparefroh>.

Nun zu Punkt 3): verkaufen von Familiensilber. Der Ausverkauf („Privatisierung“) von öffentlichem Besitz ist heute so weit fortgeschritten, daß die Staaten und Gebietskörperschaften kaum mehr über wesentliche verkaufbare Realitäten oder staatliche bzw. staatsnahe Betriebe verfügen. Post und Bahn sind in Österreich zer- und angeschlagen, private Postdienste sind auf den Markt gedrungen, und auf den Gleisen der Bahn fahren längst private Züge. Privatunternehmen bauen Autobahnen, was die ASFINAG allerdings nur ein einziges Mal versucht hat; das Teilstück nach Mistelbach kam letztlich teurer. Unter dem Schlagwort des „Neo“-Liberalismus muß überall für „gesunde“ Konkurrenz gesorgt sein, Monopole darf es keine mehr geben. „Freier Wettbewerb“ ist das Schlagwort der EU. Sie ist damit am Puls der USA, aber wohin das führen wird, ist auch klar: Der Billigstanbieter, der aber nicht der Beste sein muß, ja es aufgrund des Preisdumpings gar nicht sein kann, könnte letztlich übrigbleiben und – wieder – die Preise diktieren ... Genau das nannte man früher „Monopol“ ... Die Regulierungsbehörden der EU bemühen sich z. Z. jedenfalls noch, das zu verhindern. Ausnahmen wie bei der Lufthansa zeigen jedoch, daß zwischen Theorie und Praxis eine breite Lücke klafft. Jetzt hat es gar die Lufthansa erwischt ... Die AUA-Leiche ist ihr offenbar nicht gut bekommen ...



Bleiben die Punkte 1) und 2). Ad Punkt 1): Einschränken der staatlichen Ausgaben führt unweigerlich zum Schrumpfen der Wirtschaft – soweit es sich um Ausgabenreduzierung im realwirtschaftlichen Sektor handelt, also etwa beim Hinausschieben von geplant gewesenen Infrastrukturprojekten wie die Modernisierung von Bahnhöfen und das Schlagen von Eisenbahntunnels (z. B. Semmering-Basistunnel) oder dem Bauen neuer Autobahnteilstücke, (z. B. die Westumfahrung Linz) ... All das wird aber zwischenzeitlich gebaut – mit abenteuerlichen Finanzierungsmodellen! Die eingegangenen Verschuldungen werden nie (!) bedient werden können! Und die Verantwortlichen wissen es auch ...

Wird „bloß“ der Verwaltungssektor gesundgeschrumpft (nur Griechenland und Portugal leisten sich z. Z. dieses gesellschaftspolitische Harakiri; in Österreich wird um jede Verwaltungsreform seit Jahrzehnten ein weiter Bogen gemacht!), hat das für den Staatshaushalt primär zwar positive Folgen, schlägt aber sofort auf den Konsum der Bevölkerung durch: Weil Beamte mit niedrigerem Einkommen sich weniger leisten können. Auch das Beschränken der Einstellungszahlen von Beamten erhöht die Arbeitslosenzahl. Rückläufiger Konsum bremst die Wirtschaft – also hat Österreich seinen Beamtenapparat gar nicht erst gesundgeschrumpft und ist der dahindümpelnden Wirtschaft mit Kurzarbeit – übrigens sehr erfolgreich – begegnet. Österreich steht heute besser da als so mancher andere EU-Staat. Diese Kurzarbeit hat dem Staat aber jede Menge an – über Kredite finanzierte – Quersubventionen gekostet ... Die Verschuldung der Alpenrepublik (zu Lasten der nächsten Generation) hat also zu- und nicht abgenommen – was nicht unintelligent war, denn: Diese Schulden brauchen gar nicht mehr zurückbezahlt zu werden: weil Rückzahlungen nicht mehr vorgesehen sind ...

Bleibt obiger Punkt 2): Einnahmen erhöhen, sprich: an der Steuerschraube drehen.

Barack Hussein Obama hat 2010 die Sondersteuerrechte für Vielverdiener seines Vorgängers George W. Bush *nicht* zurückgenommen – aus faulem Kompromiß mit den Republikanern. Die reich(st)en Amerikaner zahlen nach wie vor wenig Steuern: was deren Progression anlangt: So zahlte Mitt Romney 2011 nur knapp 14 % Einkommensteuer – keine 2 Millionen US-Dollar – für seine Einnahmen in der Höhe von fast 14 Millionen US-Dollar. Barack Hussein Obama für berappte für seine 800 000 US-Dollar Präsidentengehalt 160 000.- US\$ Einkommensteuer, das sind knapp über 20 %. Der durchschnittliche Amerikaner hingegen blecht 35 % seines Einkommens an den Fiskus. Seit Mitt Romneys Wahlkampfauftritten wissen wir auch, daß 47 % der US-Amis überhaupt keine Steuern zahlen – weil sie zu arm sind. Zu Amtsantritt Obamas waren es erst 30 % gewesen. Aber Obama trifft an der massiven Zunahme der Armen keine Schuld – er hatte von Georg W. Bush ein desaströses Erbe übernommen, dessen Bereinigung die Republikaner mit allen lauterer und unlauteren politischen Mitteln zu verhindern suchen.

Dazu kommt die steigende Arbeitslosigkeit in „Gods own country“ und das Durchwursteln mit „Mac jobs“, also unterbezahlten Teilzeitbeschäftigungen, von denen der verarmte Mittelständler z. Z. gleich mehrere ausüben muß: um überleben zu können.

Soviel zum Friedensnobelpreisträger Obama. Und Guantanamo ist noch immer nicht geschlossen ... obwohl von Obama versprochen. Die Lüge des alten Bush: „Read my lips“ gilt also auch für den erneut Wahlkämpfenden ...

In Griechenland, Irland und Portugal (aber auch in Island) wurden die Gehälter der Staatsdiener gnadenlos „gesundgeschrumpft“ – mit katastrophalen Folgen für deren Familien und den Konsum im allgemeinen. Steuern wurden und werden erhöht, direkte wie indirekte, Urlaube

gekürzt, das Pensionsantrittsalter wird hinaufgesetzt ... Was der Wirtschaft schadet, denn: Leute, die weniger verdienen, geben weniger Geld aus – oder verwenden das ihnen verbliebene zum Befriedigen der vitalen Bedürfnisse, sprich: fürs nackte Überleben. In Italien ist im 1. Dreivierteljahr 2012 der Verkauf von Fiat-Autos um 40 % eingebrochen.

Die 11,2 Millionen Griechen stöhnen zur Zeit unter den strengen Auflagen ihrer unter dem Diktat der EU-Troika (EU-Kommission, EZB und IWF verlangen Einsparungen von 14,5 Mrd. Euro) und unter der um Einnahmenerhöhung und Ausgabenreduktion bemühten Regierung, die deswegen so rigide sind, weil die Euroländer unter der Fuchtel von Angela Merkel ein Gesundtschrumpfen des griechischen Budgets und eine – berechnete, wie wir eben gelernt haben – Verringerung der Neuverschuldung verlangen.

Der griechische Schuldenstand von 121 % des Bruttoinlandsproduktes kann aber gar nicht mehr auf Null gestellt werden. Selbst 0 % Neuverschuldung würden den Bruttoschuldenstand Griechenlands nicht minimieren, sondern bis 2020 auf 140 % ansteigen lassen! Wenn also der Abbau der jährlichen Neuverschuldung auf von der EU Griechenland zugebilligte 3 % schon enorme soziale Verwerfungen, wie eben aufgezählt, zur Folge hat – was geschähe mit und in der griechischen Bevölkerung bei einem rigorosen Abbau des Gesamtschuldenstandes? Zu Herbstbeginn 2012 berichtete „Der Spiegel“ und war im OF zu hören, daß in Griechenland nicht – wie bisher angenommen – „bloß“ 11,5 Milliarden Euro in der Staatskassa fehlen, sondern satte 20 bis 30 Milliarden, also das Doppelte bis Dreifache. Griechenland neuester Premier, Antonius Samaras wollte dies zwar nicht bestätigen – aber wer glaubt Athen heute noch? Ein Generalstreik wurde von den frustrierten Gewerkschaften am 26. September 2012 durchgeführt. Es kam – wie auch bei zeitgleichen Protesten in Spanien – zu Gewaltausbrüchen. Vor allem weil bekannt wurde, daß 60 Spitzenpolitiker mit Korruptionsvorwürfen in Milliardenhöhe konfrontiert sind. Drei dieser verdächtige Politiker sollen z. Z. sogar noch in der Regierung tätig sein. Statt sich dieses Geld zu holen, belastet der konservative Premier Samaras z. Z. seine Landsleute mit weiteren Lohn- und Pensionskürzungen. Vor allem Beamte und Rentner soll es abermals treffen: Deren Einkommen soll um weitere 6 bis 20 Prozent geschrumpft werden, obwohl die griechischen Arbeitnehmer bisher schon auf 30 % ihrer bisherigen Einkommen verzichten hatten müssen. Wird dieses Sparpaket nicht durchgezogen, erhält Griechenland nicht die schon seit Monaten zurückgehaltenen 31,5 Mrd. Euro, ohne die es in den nächsten Wochen pleite wäre. Niemand vermag sich mehr vorzustellen, wie 30 Mrd. Euro zusätzlich eingespart werden könnten – denn wenn durchgezogen, brähe die Anarchie aus.

Gleiches Bild in Spanien: Dort soll das Budget für 2013 um 40 Mrd. Euro gekürzt werden, nachdem Mariano Rajoy bereits heuer an die 30 Mrd. Euro Einsparungen seinen Landsleute zugemutet hat. Jetzt kommen Einschnitte bei Pensionen, neue Steuern und Lohnstopps dazu. Auch hier droht bei deren Realisierung Anarchie ...

Ob das von jenseits des großen Teiches nicht ohnedies beabsichtigt ist? Um den ungeliebten Euro umzubringen? Verschwörungstheorien werden immer belächelt. Was ist aber, wenn sie Praxis werden?

Beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos war Ende Jänner 2011 zu hören gewesen, daß der so gerühmte „westliche Weg“ (Eigenheim, Auto, Urlaub, frühe und vor allem gesicherte Pension) ein Irrweg sei und von China und den anderen Schwellenländer nicht übernommen werden könne. Der „American way of life“, mittlerweile auch zu jenem der Nord-, West- und Mitteleuropäer geworden, sei schlicht nicht zu finanzieren. Schon gar nicht für 1,3 Milliarden Chinesen und eine Milliarde Inder.

Dem steht allerdings die Tatsache entgegen, daß die jährliche Zunahme der Staatsverschuldungen ungefähr den vom Großkapital nicht bezahlten Steuern entspricht. Wir könnten uns also den in langen Auseinandersetzungen errungenen Sozialstaat für alle leisten, wenn das Großkapital mit einem angemessenen und gerechten Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwohles beitrüge.

Die ungebremste Absicht der „Finanzindustrie“, die nur den Eigeninteressen der großen Kapitaleigner dient, zeigt der rund 600 Seiten umfassende Bericht eines Untersuchungsausschusses des US-Kongresses. Dieser legt dar, daß mangels regelnden Eingreifens die Expräsidenten George W. Bush und Bill Clinton neben den Zockern in der Wall Street die Hauptschuld an der weltweiten Finanzkrise trügen. Die Misere sei „ein Musterbeispiel an Fahrlässigkeit“; in der Finanzbranche wurden „umwerfende Beispiele von Pannen und Verantwortungslosigkeit“ geortet. Der Bericht war freilich nur von den Demokraten, nicht aber von den Republikanern unterzeichnet worden ...

Wie sollten es die USA – die USA schauen über weiteste Landstriche jetzt schon aus wie ein Drittweltland – schaffen, über 16 Billionen US-Dollar Staatsschulden „abzubauen“? Bei einer Arbeitslosenrate von jetzt schon weit über 20 % unter den Ärmsten der Armen? Kein Ökonom, nicht einmal die Schönredner – und nur die kommen in der heute bereits weltweit nahezu gleichgeschalteten Presse zu Wort –, würden unter vier Augen (und schon gar nicht öffentlich) einräumen, daß auch nur eine einzige der weltweit angehäuften Staatsschulden abgebaut werden könnte ... und das ja auch gar nicht sollen! Keine Wirtschaft brächte das zustande, kein Staatsmann überlebte eine derartige Roßkur, keine Gesellschaft überstünde das heil. Aufstände, Demonstrationen, unvermeidlich politischer Rechtsruck wäre die Folge. In Österreich stand der Rechtspopulist H. C. Strache knapp davor, bei der nächsten Wahl Bundeskanzler zu werden; jetzt schaut's wieder anders aus – dank FPÖ; nicht einmal mit Hilfe der zu einer Restpartei geschrumpften ÖVP würde ihm dies heute gelingen!

Nach Rechtsruck folgte Nationalismus – den haben wir schon; siehe Ungarn, Niederlande, Belgien, auch das Gespenst Padanien gehört hierher; Libyen und der Irak sind ebenfalls im Zerfall. Die Gunst der spanischen Aufstände nutzend, verlangte die Autonomieregierung in Barcelona am 26. September eine Volksabstimmung für einen von Spanien unabhängigen Staat Katalonien. Die Katalanen sind zwar auch schon pleite, aber what shalls: Die nationale Karte wurde gespielt. Wahrscheinliche Folge solcher Forderungen und Folgen von pleite gehenden bzw. gegangenen Staaten wären dann Bürgerkriege (wie eben in Syrien) und anschließend Kriege gegen die Nachbarn wie gehabt im Sudan oder in Georgien bzw. der anstehende Krieg zwischen der Türkei und Syrien.

Fazit: Eine „geordnete“ Rückführung der aus dem Ruder gelaufenen Staatsverschuldungen zur Normalität ist im Rahmen der gegenwärtigen Finanzarchitektur *unmöglich* – und dies aus gleich mehreren Gründen.

- 1) Geld hat immer Schulden zur Voraussetzung, ja Geld macht nur dann Sinn, wenn es Schuld evaluiert. Es ist immer „Kreditgeld“ und damit de facto bloße Verbriefung (Schuldschein, Wechsel), die kundtut, wieviel mir jemand (ausgedrückt in verbindlicher Währung) für meine Leistung schuldet. Das Gehalt (der Lohn) ist klassisches Beispiel: Ich verrichte Arbeit, und der Arbeitgeber (eigentlich der Arbeitnehmer, denn er nutzt ja *meine* Arbeit, die ich ihm *gebe*; aber in der Ökonomie sind viele Begriffe sehr seltsam!) entlohnt mich – im nachhinein. Ohne Schuld kein Geld. Würden (alle) Schulden abgebaut, gäbe es auch kein Geld.

- 2) Schulden werden systemimmanent immer mehr: durch den Zinsenzins. Wenn Geld zur Ware wird, es also ge- und verkauft wird, verliert es seinen ursprünglichen Kreditstatus. Wer Geld braucht und keines hat, „kauft“ es. Da Geld an sich *keinen* Wert hat (Geld, das nicht umläuft, ist wertlos; es mag im Sparstrumpf aber beruhigen), muß ich mir darum etwas kaufen, um etwas Wertvolles zu haben. Ich könnte es auch investieren: in ein Unternehmen z. B. in Realitäten – oder in Wertpapiere. Letzteres kommt dem Verborgenen gleich – und bringt mir Zinsen: Ich lasse mein Geld (jetzt „Kapital“ genannt) für mich arbeiten und lukriere Einnahmen durch Zinsen. Ich bin also *Kapitalist* geworden. *Woher* ich mein Kapital habe (erarbeitet, ererbt, erzockt), ist egal. Da Kredite über viele Jahre in Raten zurückgezahlt werden, zahlt der Schuldner nicht nur das ursprüngliche Kapital zurück, sondern auch die dafür vereinbarten Zinsen. Da die Rückzahlung langsamer erfolgt als die Zinsen zum Kapital dazugeschlagen werden, zahlt er auch *Zinsen von den Zinsen* – den Zinseszins. Staaten wenden heute einen Gutteil ihres BIPs alleine für den Zinsendienst auf – von Rückzahlung des ursprünglichen Kapitals gar nicht zu reden ... bei 7 % auf zig Jahre?
- 3) Zocken *schafft* Schulden: Wenn eine Bank sich billig (über die Zentralbank) oder – aus vergangenen Spekulationsgewinnen – quasi *kostenloses* Fiat-Geld besorgt hat und es nun verleiht, sind neue Schulden *kreiert* – und die Boni für die Bank(st)er *garantiert*. Goldman Sachs und JP Morgan sollen laut New York Times vom 13. Februar 2010 Griechenland sogar dabei unterstützt haben, das wahre Ausmaß seiner Staatsschulden zu verstecken: indem gewährte Kredite als Währungsgeschäfte verbucht worden seien. Übergangsprämier Loukas Papadimos soll dabei recht hilfreich gewesen sein ... liest man halt, wie bereits erwähnt. Griechenland habe dafür zukünftige Einnahmen wie Flughafengebühren und Lotteriegewinne an die beiden Banken abgetreten ... Das sind Schulden auf *nicht einmal noch Erarbeitetes!*
- 4) Auch Spekulationsgewinne *generieren* Schulden: Bei Investitionen in der Realwirtschaft lassen sich Gewinne („Renditen“) von – in der Regel – maximal zehn Prozent einfahren. Bei hochriskanten Hedge-Fonds-Investitionen können es aber Hunderte von Prozenten sein. Wer beim Zocken streut, vermindert sein Risiko, und wer mit soviel Geld spielen kann, daß er die Kurse seiner Papiere oder x-beliebiger Rohstoffe manipuliert, *gewinnt immer* (u. a. auch durch Insidertrading). Auf diese Weise generiertes Fiat-Geld muß aber „arbeiten“: Sonst wäre es ja *wertlos!* Also wird alles (auch „Kreatives“, um nicht zu sagen: Illegales; siehe Griechenland) unternommen, neue Schuldner zu finden, denn diese bringen ja Zinsen und Zinsenzins. Fiat-Geld ist nicht nur *gemachtes* Geld, sondern es macht auch *frisches* Geld: über den Schuldendienst.
- 5) Staatsanleihen *sind* Schulden: Sie sind angeblich das Sicherste – wenn es sich *nicht* um ein Drittweltland ohne Bodenschätze handelt. Ein EU-Land hingegen ist immer ein guter Tip: *Too big to fail!* 600 Millionen EU-Bürger stehen für alle Schulden gut – dafür sorgen schon die nahezu gleichgeschalteten Regierungen Europas und deren Angst um die jeweils eigenen Banken, deren Pleite unabsehbare Schäden für die heimische(n) Wirtschaft(en) nach sich zöge. Die österreichische Kärntner Hypo Alpe-Adria wurde nur aus diesem Grund „gerettet“ – mit dem Steuergeld der Österreicher, nachdem die Bayern über den Umweg einer kurzen Beteiligung um einige Milliarden Euros erleichtert worden waren ... Insgesamt haben die österreichischen Bankenrettungen dem österreichischen Steuerzahler rund 5 Milliarden Euro gekostet. Dieses Geld muß aber aufgenommen werden, ist also Fiat-Geld. Damit wird den notorisch unter Geldmangel leidenden Staaten von noch nicht notleidenden Banken Geld ange-dient, und werden auf diese Weise Nationalökonomien in die Schuldenfalle regelrecht hineingetrieben ...

Es sind also die Banken, die nach Schulden (*anderer*) gieren. So „druckt“ die EZB zwar (noch) keine den Geldumlauf vermehrende Euros – im Gegensatz zur FED; aber sie betreibt eine Geldmengenausweitung via Fiat-Geld: ohne Deckung durch entsprechend parallele reale Wirtschaftsleistung ihrer Mitgliedsländer. Sie tat das schon unter Jean-Claude Trichet über den „Rettungsschirm“ EFSF, indem sie – unter Verletzung der Lissabon-Verträge – marode Staatspapiere Griechenlands aufkaufte, und tut es heute unter Mario Draghi über den ESM: und zwar nach oben offen, also unbegrenzt, und zwar von Krisenstaaten wie Italien, das mit 120 % seines BIPs fast genauso hoch verschuldet ist wie Griechenland, Spanien und Portugal ... nur die USA und Japan sind noch höher verschuldet!

Portugal erhielt 2011 78 Mrd. Euro aus dem EFSF zugesprochen, mit der Auflage, bis 2013 sein Budget zu sanieren. Erst dieses Wochenende wurde aufgrund der Massenproteste diese Deadline auf 2014 erstreckt: Portugal mußte Sanierungsabsichten zurücknehmen. Das gleiche Entgegenkommen wurde Griechenland nicht gewährt. EZB-Direktoriumsmitglied Jörg Asmussen erklärte in der „Bild am Sonntag“ vom 7. Oktober 2012: *Wir können weder die Laufzeit für griechische Anleihen verlängern noch die Zinsen senken.* Das war mit Sicherheit eine gezielte bzw. gelenkte Meldung: Zwei Tage vor dem Besuch Angela Merkels in Athen sollten die Griechen wissen, wie der Hase laufen wird. Auch die Aussage eines bayerischen CSU-Sprechers, daß bei Nicht-Erfüllung der Troika-Auflagen mit einem Ausstieg Griechenlands aus der Eurozone gerechnet werden müsse, konnte nur als Schuß vor den Bug des sinkenden griechischen Schiffes verstanden werden.

Spaniens marode Banken kassieren hingegen gerade jetzt Fiat-Geld: Und zwar waren dem Land 100 Milliarden Euro im Juni 2012 zur Rettung seiner Banken angedient worden. Der Bankenstreßtest vom Ende September ergab allerdings die Notwendigkeit von bloß 60 Mrd. Euro, von denen aber nur rund 40 Mrd. ausgeschöpft werden sollen. Unter den eigentlichen Rettungsschirm will Spaniens Premier Mariano Rajoy jedoch noch nicht schlüpfen – angeblich will er dabei Italien den Vortritt lassen ... Die Hinhaltetaktik, die Portugal und davor schon Irland vorgegeben hatten, wird jetzt von Spanien nachgeahmt ... Italien tut das Gleiche. Zypern scheint überhaupt der nächste Kandidat zu sein.

Im Gegensatz zu den mediterranen Pleiteländern ist Tschechien, dessen Präsident Václav Klaus sich lange gegen die Lissabonner Verträge gewehrt hatte, heute mit nur 35 % seines BIPs in der Kreide: Weil Klaus als klassischer Liberaler und Anhänger der freien Marktwirtschaft sich die eherne Regel des Wirtschaftens („Nicht mehr ausgeben als einnehmen“) mehr zu Herzen genommen hat als die Regierungen anderer EU-Staaten – und vor allem mehr als es die USA jemals auch nur angedacht hatten.

Schulden werden freilich nicht mehr durch das Überbringen von Geldkoffern „beglichen“ – offene Rechnungen werden „bilanziert“: im virtuellen Raum. Die „geschöpfte“ Geldmenge ist weder durch Realwerte und schon gar nicht durch Gold gedeckt. Der Goldpreis ist daher auch heute selten hoch, was ein Alarmzeichen sein sollte, denn: Auch einen Gutteil des gekauften Goldes gibt es nur mehr virtuell. Goldkäufe in jüngsten Fällen sind nur mehr auf dem Computerschirm oder auf dem Kontoauszug real, denn: Ein Gutteil des Goldes kann nur deswegen noch gehandelt werden, weil in Zeiten wie diesen immer mehr Anleger in Gold, eine vorgebliche „Realität“, flüchten, und kaum jemand seinen Goldbarren real im Safe oder sonstwo hortet – oder gar verkauft. Gäbe es heute einen Run auf reale Goldbarren, erginge es dem Goldmarkt wie einer Bank, die plötzlich all ihre Einlagen auszahlen müßte: Sie wäre noch vor dem Öffnen ihrer Bankschalter pleite ...

Fallen nun Kreditrückzahlungen von illiquiden Staaten aus, werden EZB und IWF und ESM bemüht, um die Haftung zu übernehmen. Tatsächlich haften aber die Steuerzahler der in EZB, EMS und IWF verpflichtend einzahlenden Staaten. Können solche Haftungen nun tatsächlich schlagend werden? Wer evaluiert Schrottpapiere? Welche Möglichkeiten dazu gäbe es denn?

- 1) die Hyperinflation: Wird eine solche inszeniert, entschulden sich die Währungshüter quasi automatisch, denn ihre Haftungen schmelzen durch die rasante Geldentwertung dahin wie Schnee in der Frühlingssonne ... allerdings auch die Ersparnisse der Staatsbürger und deren gehortetes Geld. Es handelt sich dabei um eine eiskalte Enteignung der Bürger – wie im 20. Jahrhundert bereits mehrfach gehabt ... Zur Zeit liegt nach EZB-Direktoriumsmitglied Jörg Asmussen die Inflation in der Euro-Zone aber nur knapp über 2 % und soll 2013 gar unter 2 % sinken. Nur schöne Worte?
- 2) kriegerisches Schuldeneintreiben: Hitlers „Drittes Reich“ mag hier „Vorbild“ sein – alles schon dagewesen. Wie man heute weiß, hatte der US-amerikanische Bankenapparat (Rothschild et alia; was bei Hitlers perversen Antisemitismus natürlich vom Feinsten ist!) Hitlers Aufrüstung finanziert ... Beim heutigen Waffenarsenal, das von den USA im Jugoslawien-Krieg erstmals in situ getestet worden war, und im Irak-Krieg und im nach wie vor andauernden Afghanistan-Krieg noch immer reiche Erfahrungen einbringt, inklusive „Kollateralschäden“ an den einheimischen Zivilbevölkerungen, eine horrible Vision ... Waren es bei Hitler „nur“ noch die – von der Entente natürlich kurzsichtig verhängten! – Reparationszahlungen aus dem 1. Weltkrieg gewesen, von denen sich Deutschland befreien wollte, könnten es heute die völlig *uneintreibbaren* Schulden aufgrund der Finanzblasenwirtschaft und der US-amerikanischen Kriegstreiberei sein ... Könnten ... Georgien war nach Jugoslawien der nächste herbeigeführte Casus belli der US-think-tanks gewesen, Libyen ein weiteres NATO-Abenteuer, und die seit eineinhalb Jahren andauernden Massaker in Syrien erleben wir täglich in den Nachrichtensendungen live. Die USA sind eben sehr umtriebige ... An den schon mehrfach herbeigeredeteten Angriff auf den Iran erst gar nicht zu denken ... Wobei z. Z. Israel seinen Mentor schlicht overruled.
- 3) Schuldenverzicht: Die deutsche Bundeskanzlerin Andrea Merkel und Frankreichs Hoffnung Hollande begannen behutsam, diesen wohl einzig friedlich gangbaren Weg nach- und anzudenken: Indem sie Gläubiger (und jetzt nicht nur Staaten und Banken, sondern auch Private, also Anleger, Spekulanten, Versicherungen, Multis) zum Verzicht auf zumindest einen Teil ihrer offenen Forderungen zu verpflichten. Unter dem mittlerweile abgewählten Sarkozy verzichteten die Banken noch auf nur 53 % des Wertes ihrer Schrottpapiere – die allerdings ohnehin nur mehr mit diesem Wert in den Büchern gestanden hatten. Ein Verzicht soll das gewesen sein? Sarkozy ist jedenfalls Geschichte ... selbst Carla Bruni darf jetzt wieder singen. Und Merkhollande eiert.

Gläubiger sollen also – nach vorsichtigen EU-Mitdenkern – im Großen auf uneinbringliche Schulden verzichten. Vor wenigen Tagen, also Ende September 2012, war bereits von einem zweiten Schuldenschnitt für die Rede gewesen – vom IWF verlangt und von der EZB abgelehnt. Zusätzlich zum Schuldenschnitt braucht Griechenland frische 31,5 Mrd. € Was passiert aber mit einer Bank, einem Unternehmen oder einem Fonds, die auf einen Teil ihrer/seiner Außenstände „verzichten“ sollen oder müssen – denn was anderes ist denn ein „Schuldenschnitt“? Wenn Bilanzen ordentlich (und ehrlich!) geführt werden, bedeutet dies ab einem bestimmten Grad des „Verzichts“ die *Illiquidität* des Unernehmens, denn wenn das Soll das Haben übersteigt, ist das Kapital weg und das Unternehmen bzw. die Bank ebenfalls. Die EZB ist bereits astronomische Schulden eingegangen ... auf Kosten ihrer in sie einzahlenden Länder. Václav Klaus läßt grüßen.

Wer „rettet“ dann das Unternehmen, im Falle des „Euro-Rettungsschirms“ also die Bank(en) und letztlich die Staaten? Die EZB? Die ist doch selbst längst schon (real) pleite und hält in ihrer Bilanz Schrottpapiere zum Anschaffungswert (und nicht, wie es korrekt wäre, zum Zeitwert, also wertloses bedrucktes Papier) und Haftungen von verschuldeten Staaten, z. B. Österreich! Denn die bislang funktionierenden Ökonomien Deutschlands, Österreichs, der Niederlande, Luxemburgs, aber auch Schwedens, Finnlands und Dänemarks sind durch das Desaster der nicht-funktionierenden Volkswirtschaften ihrer EU-Brüder längst zu deren Geiseln geworden. Nur ganz nebenbei wurde kürzlich in der österreichischen Presse erwähnt, daß in Österreich bereits täglich 24 Firmen pleite gehen. Es mag dies ein Vorgeschmack darauf sein, was passiert, wenn die unverantwortlich eingegangenen ESM-Schulden – ich persönlich habe unseren Bundespräsidenten gebeten, den ESM-Vertrag nicht zu unterschreiben – tatsächlich schlagend werden sollten: Dann wird unsere Wirtschaft nämlich aufgrund der eingegangenen und verpflichtenden Haftungen endgültig zusammenbrechen: Wenn es zum Abdecken der Verluste der mediterranen Mißwirtschaftler zu einem kalten Transfer der Gewinne aus den positiv wirtschaftenden Ländern in den Süden kommen wird: über den ESM, der ein einziger Knebelungsvertrag ist und die ihn Betreibenden vor jeder Verantwortung und natürlich auch gerichtlicher Verfolgung schützt.

Und China? Ein durch uneinbringliche Schulden belasteter Euro verliert allmählich an Wert; seiner Geldmenge entspricht Reales in nicht mehr ausreichendem Maß. So ist China z. Z. dabei, mit seinen nach wie vor konkurrenzlos billig hergestellten (weil nicht durch soziale Leistungen und Umweltauflagen belasteten und durch nicht der Kaufkraftparität entsprechenden Wechselkursen begünstigten), aber an Qualität beachtlich zugenommen habenden Waren die europäische Produktion in den Boden zu rammen wie zuvor schon die US-amerikanische! China hatte Anfang 2011 angekündigt, den EU-Pleiteländern Griechenland und Portugal deren Staatsanleihen abzukaufen zu wollen. China stärkt damit die Euro-Zone – aber nur vordergründig! Zwar gewährt es Europa mit diesen Aktionen Kredit – wie zuvor schon den USA –, aber China tut das nicht selbstlos. Einerseits kauft China Euros, um nicht alleine auf seinen allmählich wertlos gewordenen US-Dollars sitzen zu bleiben, andererseits verlangt es, als Handels- und Geschäftspartner, vor allem aber als Investor in Europa akzeptiert zu werden. Vor wenigen Tagen erst – zu Herbstbeginn 2012 – ging die Meldung durch die Presse, daß China eine europäische Bank um rund 12 Milliarden Euro kaufen will ... Ende September 2012 verkaufte der ehemalige SPÖ-Bundespräsidenten-Kandidat Rudolf Streicher seine Mehrheitsanteile an Steyr Motors an chinesische Investoren. Bereits Jahre davor hatte der SPÖ-Ex-Finanzminister und Ex-Vizekanzler Hannes Androsch, sonst ein medienlauter Vor- bzw. Nachkämpfer diverser Volks- und sonstiger Begehren, seine Firma FACC, einen Flugzeugkomponentenhersteller, an die chinesische Xi'an Aircraft verkauft. *Non olet!*

China ist in den letzten beiden Jahren auch zum größten Kreditgeber von Schwellen- und Entwicklungsländern geworden: Über 80 Milliarden Euros dürfte es in letzter Zeit nach Afrika, Südasien und Südamerika geschleust haben – das ist mehr, als die Weltbank (die bekanntlich unter US-Kuratel steht) im gleichen Zeitraum in die Drittweltländer von Venezuela (Öl) bis Zaire (Gold und Diamanten) gepumpt hat.

Zusätzlich hat China weltweit Bergwerke, Rohstoffe, Ländereien, Industriestandorte, ja ganze Landstriche und indirekt damit Länder quasi aufgekauft: Es wechselt über locker vergebene Kredite an den Süden seine wertlos werdenden Dollarreserven in Realitäten um – und halst das bloß bedruckte Papier den Drittweltländern auf ... ohne daß es sich wegen Menschenrechten oder Umweltschutz rechtfertigen müßte. An die 56 Milliarden US-Dollar sollen auf diese Weise alleine 2009 in den Schwarzen Kontinent geflossen sein, seither also weitere geschätzte 200 Milliarden, zusätzlich zu über einer Million dort arbeitender Chinesen, die „technische

Hilfe“ leisten. Die Chinesen – bloß die größte „verlängerte Werkbank“? Laut dem letzten Fünfjahresplan wollen die Chinesen mehrere Billionen US-Dollar in Zukunftstechnologie investieren ... Kein Wunder: Das Land der Mitte bezahlt schon jetzt immer öfter in Form von Naturalien made in China: Man bemüht längst schon kein Geld mehr; man tauscht: Rohstoff gegen Plastik ... und macht sich den Partner damit gefügig – und abhängig. Der US-Dollar? Eine Auslaufwährung.

China heißt die zweite Supermacht – und etwa 2027 wird China auch die USA beim BIP überholt haben. Dann wird Chinas BIP knapp 33 Billionen US-Dollar betragen (heute: an die 7), das der USA wird bei zirka 23 Billionen US-Dollar dahindümpeln (heute: ca. 16). Umgelegt auf das Pro-Kopf-Einkommen werden die USA aber nie (sag niemals „nie“) zu überholen sein: Es gibt immerhin z. Z. mit 1,3 Milliarden fast viermal soviel Chinesen als US-Amerikaner – und dividiert man die jeweiligen BIPs durch die Einwohnerzahlen, bleiben die Gelben (die eigentlichen Weißen, denn: Was verriet ein Chinese weiland Ihrem Autor? „Europäer haben eine Hautfarbe wie Schweine – rosig. Unsere ist aber weiß!“ Recht hat er.) auch in Zukunft weit abgeschlagen.

Nein, das westliche System hat ausgedient, die Chinesen und Inder wollen es gar nicht mehr – zumindest nicht ihre Reichen und die sie begünstigenden Regierungen. Autos – ja. Häuser und Wohnungen für die chinesische Oberschicht: ja. Handys, westliches Wohlleben – für die chinesische und indische Oberschicht: selbstverständlich ... Aber für alle? Sozialstandards á la Österreich oder Schweden? Klimaschutz? Umweltstandards? CO<sub>2</sub>-Reduktion? Demokratisierung? Menschenrechte? Pensionsversicherung? Unleistbar ... Dafür zählt China z. Z. an die 200 Dollar-Milliardäre – und der größte Ballungsraum der Erde ist bald nicht mehr Tokio, sondern mit 42 Millionen eine neue Supermetropole in Südchina. Der „Big Apple“? Forget it ... Oder gibt es doch noch den realistischen Traum einer ökosozialen Weltwirtschaft?

Die Zukunft?

Europa am Boden, die USA von China überholt – und Rußland? Dessen BIP wird 2012 geschätzte 2 000 Milliarden US-Dollar betragen und rangierte damit, weit abgeschlagen, als letzte der ersten Zehn hinter Kanada, Brasilien, Italien und Großbritannien. Gefallene Weltmächte – zumindest wirtschaftliche. Dollar und Euro Geschichte, China als Hauptgegner und Kreditgeber Indiens und Brasiliens, Afrika eine chinesische Kolonie, Europa zukünftiges Ferienziel für Ostasiaten – und chinesisch Weltsprache.

Keine Alternative?

Doch: Krieg! Und zwar jener der USA gegen die Welt – um seine Hegemonie zu bewahren! Kriegerisches Schuldeneintreiben der höchstgerüsteten Militärmacht – wer möchte ihr was entgegensetzen? Mit dem „unsinkbaren Flugzeugträger“ im Nahen Osten als willfährigen Partner – Bush und Cheney und Wall Street haben ihn unangreifbar gemacht! –, einem uneinigen Europa und einem geschwächten Rußland als „Gegner“? Was nützt da die „Force de frappe“? Was will dagegen Italien, das seinen sexbesessenen, von der eigenen Justiz verfolgten Ex-Premier endlich entsorgte, dessen Ex-Koalitionspartner das Land aber nach wie vor teilen will? Was will dagegen ein sich selbst moralisch zerfleischendes Deutschland, das militärisch nichts zu vermelden hat?

*Noch* ist der Dollar Leitwährung, *noch* hüten sich die Chinesen, den Dollar in Gefahr zu bringen: *Noch* toppen sich die Boni der Bank(st)er – aufgrund ungebrochen weiteren Aufblähens der Derivateblase. Die Schulden der USA (und deren Arbeitslosenzahlen – erst gestern mit



7,8 % angegeben – und auch von den Republikanern schon als geschönt und manipuliert gebrandmarkt!) sind allerdings beunruhigend, die EZB und die willigen Regierungschefs der EU übernehmen Haftungen für uneinbringbare Schulden und weiten damit die Geldmenge des unter Druck gekommenen Euro unverantwortlich aus. Die Chinesen kaufen sich ungeniert in Europa ein und machen sich die Europäer damit gefügig. *Noch* stützen die Chinesen nicht nur den US-Dollar, sondern auch den Euro. Aber Frankreich und der europäische Süden streiten mit Deutschland: Dieses solle seine weltweit begehrte industrielle Produktion (also seinen wirtschaftlichen Erfolg) herunterfahren, um damit den Mediterranen die eigenverantwortlich und mutwillig durch Mißwirtschaft vergeudeten Chancen wieder einzuräumen. Es sind jene auf den Norden Neidischen, die auf Pump gelebt, aber nicht ausreichend in Nachhaltiges investiert haben, denn: Feriendomizile und Hotelburgen für den Tourismus aus dem Norden bringen eben nur solange Einkommen, als industriell Werkstätige den dazu nötigen finanziellen Überschuß produzieren, um ihn im Tertiärsektor ausgeben zu können.

Der europäische Süden wird die Euro-Zone wohl verlassen müssen und – wie weiland das nordafrikanisch-französische Kolonialreich mit dem CFA, dem Colonial Franc Africaine – mit einem Euro zweiter Klasse leben lernen müssen: Weil es eben nicht geht, daß unterschiedlich strukturierte und auch weniger ehrlich (man erinnere sich an die Lügen der Griechen gegenüber Brüssel!) betriebene Ökonomien unter eine einheitliche Währung schlüpfen, welche die einen durch Arbeit und Einsatz stärken, während sie andere durch Mißwirtschaft vernichten ... oder schlicht durch Korruption verspielen.

Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO)-Chef Karl Aiginger dazu allerdings: „Wenn der Euro zerbricht, folgt eine jahrelange, tiefe Rezession.“ Es käme *zu einer starken Abwertung der neuen nationalen Währungen, zu hohen Vermögensverlusten, einer massiven Schwächung der Kaufkraft, zu Kapitalflucht und dramatisch steigenden Zinssätzen für Anleihen. Für die Länder der Eurozone würden zugleich wichtige Exportmärkte wegbrechen, durch den relativ aufgewerteten Euro würden sie an Konkurrenzfähigkeit verlieren.* So zumindest das Leibblatt der Wirtschaftskammer „Wiener Wirtschaft“.

Und wenn die Überschußländer die mediterranen Patzer weiterhin durchfüttern? Dann, sagt Aiginger, müßte halt *„alle Maßnahmen, die die österreichische Wirtschaft krisensicher machen, verstärkt werden.“*

Aha. Es ginge also auch bei gesplitteten Euro ... So viele Experten, so viele Meinungen, so viel einander Widersprechendes ... und alles parteipolitisch gefärbt.

Ach ja: Jetzt tritt auch noch der austro-kanadische Milliardär Frank Stronach auf: Er sprach auf seiner Pressekonferenz zu seiner Parteigründung am 27. September 2012 von einem „österreichischen Euro“, nachdem er mit der früheren, eher vorlauten Ankündigung der Rückkehr zum Schilling einen veritablen politischen Bauchfleck gelandet hatte.

Was wir jetzt erleben und ich bereits vor nun fast zwei Jahren prophezeit habe, ist der eingetretene Double Dip: Jetzt erst, nach der – scheinbaren – Erholung der Weltwirtschaft und dem weiterhin schamlosen Ausnutzen aller legalen und illegalen Geldmengenausweitungen, und nachdem sowohl die USA mit rücksichtslosem Greenback-Drucken und die EZB mit vormals verschämten und jetzt offenen Ankäufen von Schrottpapieren US-Dollar und Euro in Grund und Boden vernichten, wird dieser zweite Dip das auslösen, was kommen muß: das Ende unseres gegenwärtigen Währungssystems. Die Börsen fahren Verluste ein, der Euro grundelte Ende September um 1,28 US\$ ...

Unser Wohlleben scheint zu Ende.

Nichts, aber rein gar nichts, wird dies verhindern: Weil jedes System (und jede Hegemonie!) sein/ihr Ende hat, und nichts „ewig“ währt. Und schon gar kein auf Betrug und die Ausbeutung der gesamten Welt aufgebauter Wohlstand weniger. Und deren maßlose Gier nach mehr und mehr ...

Wie nannte es Jean Ziegler? Raubtierkapitalismus. Und Franz Fischler, ehemaliger österreichischer Agrarkommissar, gab ihm im Radiokulturhaus Ende September recht: Pflanzliche Nahrungsmittel gehören nicht an die Börse und via E 10 in den Tank, sondern auf den Teller ...

Recht hat er.

Die Chinesen haben alle Zeit der Welt ... Sie schauen sich unseren Untergang fußfrei aus der ersten Reihe an ...